



Berner Fachhochschule
Haute école spécialisée bernoise
Bern University of Applied Sciences



Menschen mit Autismus- Übergang vom Elternhaus in die Selbständigkeit: Rechtliche Bezüge

Simone Münger, Dozentin Berner Fachhochschule, Soziale Arbeit: simone.muenger@bfh.ch

Volljährigkeit

- ▶ Art. 12 ZGB: «Wer *handlungsfähig* ist, hat die Fähigkeit, durch seine Handlungen Rechte und Pflichten zu begründen».
- ▶ Art. 13 ZGB: «Die Handlungsfähigkeit besitzt, wer *volljährig* und *urteilsfähig* ist».
- ▶ Art. 14 ZGB: «*Volljährig* ist, wer das 18. Lebensjahr zurückgelegt hat».
- ▶ Art. 16 ZGB: «*Urteilsfähig* im Sinne dieses Gesetzes ist jede Person, der nicht wegen ihres Kindesalters, infolge geistiger Behinderung, psychischer Störung, Rausch oder ähnlicher Zustände die Fähigkeit mangelt, vernunftgemäss zu handeln».
- ▶ Ergo ist jede in der Schweiz lebende Person ab ihrem 18. Geburtstag *handlungsfähig* im Sinne des Gesetzes, sofern ihre Urteilsfähigkeit nicht beeinträchtigt ist d.h. sie kann ab dann bspw. Verträge abschliessen

Volljährigkeit: Elterliche Sorge erlischt

- ▶ Die *elterliche Sorge* (Art. 296ff. ZGB) erlischt von Gesetzes wegen mit der Volljährigkeit d.h. die jungen Erwachsenen sind nun rechtlich gesehen voll für sich selber verantwortlich.
- ▶ *Die elterliche Sorge umfasst Folgendes:*
Pflege und Erziehung / Schulung und Ausbildung / Religion und Weltanschauung (bis 16-jährig) / Aufenthaltsort und Obhut / Namensgebung / gesetzliche Vertretung / Verwaltung Kindesvermögen.
- ▶ Im Rahmen *geringfügiger Rechtsgeschäfte* sowie *höchstpersönlicher Rechte* (bspw. *Sexualität, medizinische Eingriffe*) können Jugendliche jedoch bereits vor ihrem 18. Geburtstag selbständig handeln, sofern sie *urteilsfähig* sind.
- ▶ Jugendliche mit ASS sowie deren Angehörige stellen sich nun bei bevorstehender Volljährigkeit möglicherweise folgende Fragen:

Volljährigkeit: Offene Fragen

- ▶ **Gesundheit:** Arztbesuch wann nötig – wann nicht? Wer erhält Auskunft, wenn Betroffene den Arzt nicht verstehen, wer begleitet? Einsicht in Dokumente? Problematik Sucht TV, Internet, Tabak, Alkohol, Drogen, Medikamente.
- ▶ **Wohnen:** Vertragsabschluss Wohnung, andere Verträge, Reinigung und Pflege der Wohnung. Planung, Einkauf Lebensmittel und Haushaltzubehör. Planung, Einkauf und Zubereitung von Ernährung.
- ▶ **Organisation *Arbeit*, Freizeit, Haushalt, *Tagesstruktur*.** Stressmanagement, Ruhezeiten. Zukunftsgestaltung.
- ▶ ***Finanzen*,** Übersicht haben über Einnahmen und Ausgaben, Rechnungen bezahlen. Leistungen geltend machen (z.B. IV), *Administratives* mit Behörden, Versicherungen, Krankenkasse, Vermieter, etc. erledigen.
- ▶ ***Soziale Kontakte***

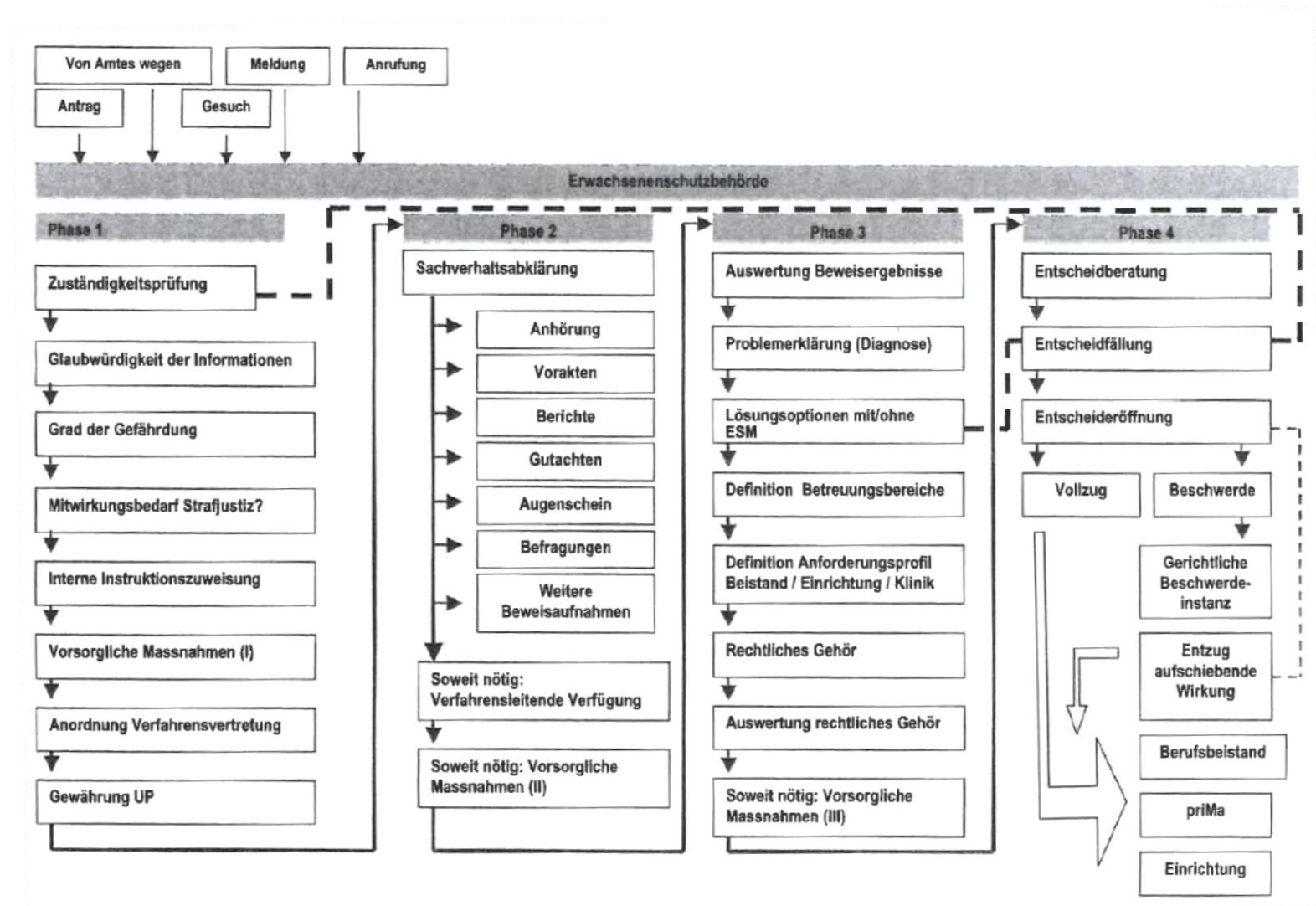
Wann braucht es die KESB?

- ▶ Ist die Jugendlichen mit ASS vollständig *urteilsfähig*, so handeln sie ab 18 Jahren *selbständig*.
- ▶ Sie können den Angehörigen *Vollmachten* ausstellen, bspw. betr. der Verfügung über Bankkonti etc. (vgl. dazu Art. 32ff. OR).
- ▶ Ist die *Urteilsfähigkeit* in gewissen Bereichen jedoch eingeschränkt, können sich Probleme ergeben – die Betroffenen können nicht selber handeln und können auch niemanden bevollmächtigen.
- ▶ In gewissen Fällen können bei *Urteilsunfähigkeit* die Angehörigen via *gesetzliche Vertretungsrechte* handeln – vgl. dazu Folie 7.
- ▶ Aber auch bei *Urteilsfähigkeit* können sich Probleme ergeben, nämlich dann, wenn keine Vollmachten bestehen und bspw. Banken oder Betreuungseinrichtungen die familiäre Vertretung nicht anerkennen und *die Interessen der Betroffenen dadurch nicht mehr gewahrt sind*.

Vorgehen der KESB

- ▶ Bei Unsicherheiten lohnt es sich, die KESB *frühzeitig* (4-6 Monate vor Volljährigkeit) zu kontaktieren und sich beraten zu lassen: www.be.ch/kes
- ▶ Die KESB ist verpflichtet, die Verhältnisse abzuklären. Im Kt. BE beauftragt sie damit die Sozialdienste / spezialisierte Dienste.
- ▶ Folgende Fragen sollten geklärt werden:
 - ▶ a) Einschätzung der *aktuellen Situation* (Wohnen / Gesundheit / Soziales inkl. Tagesstruktur / Administration / Finanzen)
 - ▶ b) Einschätzung der *Entwicklungsperspektiven*
 - ▶ c) Braucht es eine *behördliche Massnahme*
 - ▶ d) Wenn ja: Welche Massnahme und *welche Aufgabenbereiche*?
 - ▶ e) Wenn ja: *Wer* kommt als Beistandsperson in Frage?
 - ▶ f) Wenn *Angehörige* als Beistandspersonen eingesetzt werden: Werden Erleichterungen gewünscht?

Vorgehen der KESB



Aufbau Erwachsenenschutzrecht

Eigene Vorsorge

- ▶ **Der Vorsorgeauftrag:**
Art. 360ff. ZGB
- ▶ **Die Patientenverfügung:**
Art. 379ff. ZGB
- ▶ **Idee:** Für den Fall der eigenen *Urteilsunfähigkeit* soll selber vorgesorgt werden können.

Massnahmen von Gesetzes wegen

- ▶ **Vertretung durch Ehegatten und eingetragene Partner/-innen:** Art. 374ff. ZGB
- ▶ **Vertretung bei medizinischen Massnahmen**
(Art. 377ff. ZGB)
- ▶ **Aufenthalt in Wohn- oder Pflegeeinrichtungen**
(Art. 382ff ZGB)
- ▶ **Idee:** Wenn für den Fall der eigenen *Urteilsunfähigkeit* keine Dispositionen getroffen wurden, sieht das Gesetz automatische Vertretungsrechte vor.

Behördliche Massnahmen: Beistandschaften und FU

- ▶ **Beistandschaften**
(Art. 390ff. ZGB)
- ▶ **Fürsorgerische Unterbringung (FU; Art. 426ff. ZGB)**
- ▶ **Idee:** Falls bei *Urteilsunfähigen* weder die eigene Vorsorge noch die gesetzlichen Vertretungsrechte ausreichen oder falls bei Personen ein *Schwächezustand* und eine *Hilfsbedürftigkeit* bestehen und keine subsidiären Massnahmen greifen, kann die *Behörde d.h. die KESB* eingreifen und Massnahmen verfügen. Ist auch bei *Urteilsfähigkeit* möglich!

Beistandschaften

- ▶ **Art. 389 ZGB: *Subsidiarität und Verhältnismässigkeit***
- ▶ **Abs. 1: Die Erwachsenenschutzbehörde ordnet eine *Massnahme* an, wenn:**
 - ▶ **1. die Unterstützung der hilfsbedürftigen Person durch die *Familie, andere nahestehende Personen oder private oder öffentliche Dienste* nicht ausreicht oder von vornherein als ungenügend erscheint;**
 - ▶ **2. bei *Urteilsunfähigkeit* der hilfsbedürftigen Person keine oder keine ausreichende *eigene Vorsorge* getroffen worden ist und die Massnahmen von Gesetzes wegen nicht genügen.**
- ▶ **Abs. 2: Jeder behördliche Massnahme muss erforderlich und geeignet sein.**

Beistandschaften

- ▶ **Art. 390 ZGB: Voraussetzungen**
- ▶ **Abs. 1: Die Erwachsenenschutzbehörde errichtet eine Beistandschaft, wenn eine volljährige Person:**
 - ▶ **1. wegen einer geistigen Behinderung, *einer psychischen Störung* oder eines ähnlichen in der Person liegenden Schwächezustands *ihre Angelegenheiten nur teilweise oder gar nicht besorgen kann*;**
 - ▶ **2. (...)**
- ▶ **Abs. 2: Die *Belastung und der Schutz von Angehörigen und Dritten* sind zu berücksichtigen.**
- ▶ **Abs. 3: Die Beistandschaft wird auf *Antrag* der betroffenen oder einer nahestehenden Person oder *von Amtes wegen* errichtet.**

Beistandschaftsarten

Begleitbeistandschaft (Art. 393 ZGB)	Vertretungsbeistandschaft (Art. 394 / 395 ZGB)	Mitwirkungsbeistandschaft (Art. 396 ZGB)	Umfassende Beistandschaft (Art. 398 ZGB)	Kombination von Beistandschaften (Art. 397 ZGB)
<p>Kann nur mit <i>Zustimmung</i> der hilfsbedürftigen Person errichtet werden.</p> <p>Die hilfsbedürftige Person benötigt für die Erledigung bestimmter Angelegenheiten <i>begleitende Unterstützung</i>.</p> <p>Die Handlungsfähigkeit wird <i>nicht</i> eingeschränkt.</p>	<p>Die hilfsbedürftige Person kann bestimmte Angelegenheiten nicht erledigen und muss deshalb <i>vertreten werden</i>.</p> <p>Die Handlungsfähigkeit <i>kann</i> eingeschränkt werden.</p> <p>Für Finanzen immer in Kombination mit Art. 395 ZGB! Beachte insb. Abs. 3.</p>	<p>Bestimmte Handlungen der hilfsbedürftigen Person bedürfen zu deren Schutz der <i>Zustimmung der Beistandsperson</i>.</p> <p>Die Handlungsfähigkeit wird von Gesetzes wegen <i>entsprechend eingeschränkt</i>.</p>	<p>Nachfolgeinstitut der Vormundschaft.</p> <p>Nur dann, wenn die betroffene Person besonders hilfsbedürftig ist- bspw. dauernde Urteilsunfähigkeit</p> <p>Die Handlungsfähigkeit entfällt von Gesetzes wegen.</p>	<p>Die Begleit-, Vertretungs- und Mitwirkungsbeistandschaften können miteinander kombiniert werden.</p> <p>Siehe dazu das Fallbeispiel von Silvia Schneider.</p>

Fallbeispiel

Silvia Schneider (22-jährig) leidet seit ihrer Kindheit an ASS. Sie *wohnt* und arbeitet in einer spezialisierten Institution und arbeitet dort in der internen Küche. Sie bezieht eine IV-Rente und EL. Sie ist *sozial* sehr gut eingebettet: Ihre Familie d.h. die Eltern und zwei Geschwister kümmern sich um sie. Auch hat sie viele Freund-/innen. Die *Arbeit* in der Küche bereitet ihr Freude und sie geht gerne hin.

Was die *Gesundheit* anbetrifft, so untersucht sie die für die Institution zuständige Ärztin regelmässig. Auch hat sie einen Freund und nimmt die Pille. Es braucht jedoch immer jemanden, welcher sie an die Medikamenteneinnahmen und Arztbesuche erinnert. Auch sollte sie zwei Mal jährlich in eine spezialärztliche Untersuchung in eine weiter gelegene Stadt. Dies würde sie selber vergessen. An die Medikamente können die Betreuenden sie zwar erinnern – für die Arztbesuche, Verhandlungen mit der Krankenkasse etc. reichen die zeitlichen Kapazitäten der Institution jedoch nicht aus.

Was *finanzielle / administrative / rechtliche* Angelegenheiten anbetrifft, ist sie schnell überfordert und hat keinen Überblick. Einen Mietvertrag / Betreuungsvertrag kann sie bspw. nicht nachvollziehen, ebenso wenig die Korrespondenz mit einer Krankenkasse oder der IV. Dies äussert sie auch entsprechend.

Doppelte Massschneiderung

Wohnen	Gesundheit	Soziales	Finanzen	Admin
Vertretungsbeistandschaft (Art. 394 ZGB) d.h. die Beistandsperson unterschreibt bspw. den Heim- oder Mietvertrag von Silvia Schneider.	Vertretungsbeistandschaft (Art. 394 ZGB) d.h. die Beistandsperson sucht bspw. einen neuen Arzt /eine neue Ärztin. Achtung: Höchstpersönliche Rechte!	Begleitbeistandschaft (Art. 393 ZGB) d.h. die Beistandsperson ist nur beratend / begleitend tätig und tätig nicht von sich aus Abklärungen. Ev. braucht es hier aber auch gar keine Beistandschaft.	Vertretungsbeistandschaft (Art. 394 i.V.m. Art. 395 ZGB) d.h. die Beistandsperson verwaltet das Vermögen / Einkommen von Silvia Schneider.	Vertretungsbeistandschaft (Art. 394 ZGB) d.h. hier schliesst die Beistandsperson bspw. eine neue Krankenkasse für Silvia Schneider ab.

Beistandspersonen

- **Altes Vormundschaftsrecht** (gültig bis 31.12.2012):
Institut der erstreckten elterlichen Sorge (aArt. 385 Abs. 3 ZGB)
«Wenn mündige Kinder entmündigt werden, so tritt an die Stelle der Vormundschaft in der Regel die elterliche Sorge».
- Die Beistandsperson muss für das Amt *persönlich und fachlich* geeignet sein. Die Einsetzung als Beistandsperson benötigt deren *Zustimmung*.
- Die Beistandsperson erhält die *nötige Instruktion, Beratung und Unterstützung*
- Schlägt die *betroffene Person* jemanden als Beistandsperson vor, sollte diesem Wunsch nachgekommen werden. *Ausnahmen*: Keine Eignung / Person will Amt nicht ausüben.
- Wünsche von *Angehörigen* oder *anderen nahestehenden Personen* werden berücksichtigt – ebenso, wenn die betroffene Person eine bestimmte mögliche Beistandsperson *ablehnt*.

Beistandspersonen

- ▶ Eine Beistandschaft kann *mehreren Personen* übertragen werden (bspw. Eltern). Die KESB legt fest, ob die beiden Beistandspersonen *gemeinsam* oder *einzelnen* handeln können (Zuteilung Aufgabenfelder).
- ▶ Bei *Interessenskollisionen* entfallen die Befugnisse der Beistandsperson automatisch (z.B. Erbschaftsangelegenheiten). Entweder regelt die KESB die Angelegenheit selber oder ernennt eine Ersatzbeistandsperson.
- ▶ Die Beistandsperson hat Anrecht auf eine *angemessene Entschädigung* sowie auf *Spesen* (kantonale Regelungen).
- ▶ Das Amt ist im *Interesse der betroffenen Person* auszuführen und deren *Meinung und Willen* zu beachten.
- ▶ Im Rahmen des *Personenrechtes* dürfen *urteilsfähige* Betroffene selber handeln und *höchstpersönliche Rechte* ausüben (bspw. Sexualität / medizinische Eingriffe).

Angehörige als Beistandspersonen

- ▶ **Art. 420 ZGB: Besondere Bestimmungen für *Angehörige*:**
- ▶ **Werden Angehörige als Beistandspersonen eingesetzt, so *kann* die Erwachsenenschutzbehörde sie von der *Inventarpflicht*, der Pflicht zur *periodischen Berichterstattung und Rechnungsablage* und der Pflicht, für bestimmte Geschäfte die *Zustimmung* der KESB (bspw. Liquidation Haushalt / Unterbringungsvertrag etc.) einzuholen, *ganz oder teilweise entbinden*.**
- ▶ **Anwendung dieser Gesetzesbestimmung war sehr uneinheitlich und führte zu Unstimmigkeiten. Die Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) erliess deshalb, zusammen mit Insieme, Pro Infirmis, Procap und Alzheimer Schweiz ein *Empfehlungsschreiben*.**

Angehörige als Beistandspersonen

- ▶ Oberste Richtschnur bei der KESB ist das *Interesse und das Wohlergehen der betreuten Person*. Gleichzeitig ist dem besonderen Vertrauensverhältnis von Angehörigen zu den betreuten Personen Rechnung zu tragen.
- ▶ Drei Stufen:
 - ▶ *Vollständige Entbindung* von bestimmten Beistandspflichten
 - ▶ *Teilweise Entbindung* von bestimmten Beistandspflichten (Erleichterung)
 - ▶ *Keine Entbindung* von Beistandspflichten (ordentliche Beistandspflichten)
- ▶ Die KESB muss dies im *Einzelfall* prüfen und darf dies nicht schematisch verfügen.
- ▶ Auch bei einer vollständigen Entbindung ist die KESB *aufsichtspflichtig* (Staatshaftung).

Literatur- und Quellenverzeichnis

► *Gesetze:*

- Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30. März 1911 (OR; SR 220)
- Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (BV; SR 101)
- Bundesgesetz über die politischen Rechte (BPR; SR 161.1)
- Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (StGB; SR 311.0)
- Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (ZGB; SR 210)

► *Internetquellen:*

- <https://www.beobachter.ch/familie/jugend-pubertat/volljaehrigkeit-hallo-ernst-des-lebens>, besucht am 30.9.2019
- KOKES: Angehörige als Beistand – Kriterien zur Umsetzung von Art. 420 ZGB:
- https://www.kokes.ch/application/files/4714/8049/1109/Empfehlungen_Angehoerige_als_Beistand_d.pdf, besucht am 4.10.2019

► *Literatur:*

- KOKES (2012): Praxisanleitung Erwachsenenschutz. 1. Aufl. Zürich / St. Gallen: Dike.
- Okaj Zürich (2017): «Alles was Recht ist»: Orientierung im Paragraphendschungel. 4. Aufl. Zürich
- Rosch, Daniel et al. (2018): Handbuch Kindes- und Erwachsenenschutz. Recht und Methodik für Fachleute (S. 272-291). 2. Aufl. Bern: Haupt.